

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Oksächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 88 527

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennerdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: K. Rohrlappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 65 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 229

Bad Schandau, Freitag, den 30. September 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Gegenüber den Behauptungen, daß der Reichsfinanzminister mit dem Reparationsagenten Verhandlungen über die Preußenanleihe, besonders auch im Hinblick auf den Artikel 248 des Versailler Vertrages geführt habe, wird an zuständiger Stelle erklärt, daß diese Behauptung absolut unzutreffend sei.

* Große Teile Englands haben, gegenwärtig unter Sturm und ununterbrochenen Regengüssen schwer zu leiden. Besonders mitgenommen ist Cheshire, wo Straßen und Felder durch wolkenbruchartige Regenfälle völlig unpassierbar geworden sind. Im Kanal herrscht weiter stürmisches Herbstwetter.

* Im Zusammenhang mit dem Abbruch der Anleiheverhandlungen haben mehrere Konferenzen im polnischen Ministerrat stattgefunden. Vizepremier Bartel verweigerte Pressevertretern jede Auskunft über diese Besprechungen.

* Aus Tokio wird gemeldet, daß die japanische Regierung in Beantwortung des russischen Protestes erklärt habe, daß sie niemandem im Kampfe gegen die Sowjet-Union, sondern nur im Kampfe gegen den Bolschewismus unterstütze. Die japanische Regierung hat ferner die Ausreise von japanischen Kommunisten nach Rußland und die Zugehörigkeit zu ausländischen kommunistischen Organisationen untersagt.

Neue Wege der sudetendeutschen Kulturpolitik

Von Dr. F. r. Thierfelder, Deutsche Akademie, München.

Im „Sudetendeutschen Jahrbuch 1927“, das mit seinen Vorgängern aus den Jahren 1925 und 1926 eine ergreifende Vereinigung künstlerischen Könnens und völkischen Willens bildet, findet sich gleichsam als richtunggebender Wegweiser ein Einführungswort des Herausgebers Otto Klehl, das geeignet ist, in weiten reichsdeutschen Kreisen Aufmerksamkeit zu erregen. Mit klaren, mannschaftlichen Worten begründet Klehl eine Hoffnung, die er, wie er ausbrüchlich bemerkt, zwar selbst nie gehegt hat, die jedoch für viele seiner Landsleute und Freunde im Reich zeitweilig schon Gewißheit geworden zu sein schien. „Von der Erkenntnis des fast biologisch begründeten sudetendeutschen Partikularismus ausgehend“, schreibt er, „gelangten wir vor allem zur Ablehnung aller jener Bestrebungen, die auf eine vereinheitlichende Zusammenfassung zu einer neuen, eben spezifisch sudetendeutschen Stammeskultur zielen.“ Dieser Satz, der in eine Zeit fällt, in der sich die politische Verfassung Sudetendeutschlands in einer kaum noch zu überbietenden Zersplittertheit befindet, schließt eine Entwicklung ab, die einst verheißungsvolle Ausblicke in die Zukunft zu gewähren schien: er stellt fest, daß der groß gedachte Versuch, das böhmisch-mährische Deutschtum zu vereinheitlichen, gescheitert und daß im Grunde genommen schon das politisch klug gewählte Wort „Sudetendeutschland“ ein politisches Schlagwort, aber keine greifbare Wirklichkeit geworden ist.

Jeder großdeutsch fühlende Reichsdeutsche wird den Verdacht auf ein völkisches Ideal, das unter den befremdlichen sudetendeutschen Lebensverhältnissen den dunklen Weg in die Zukunft besonders hell hätte erleuchten müssen, aufs tiefste beklagen, denn die einzigartige deutsche Kulturstellung in der Tschechoslowakei beruhte ja eben vor allem darin, daß sie vom slavischen Standpunkte aus gesehen als überlegene Einheit empfunden wurde, und daß hinter ihr ein Dreimillionenvolk stand, das sich in der Abwehr fremdvölkischen Wesens durchaus eins fühlte. Nachdem freilich die Spaltung in Aktivisten und Negativisten vollzogen worden war, nachdem der erbitterteste Bruderkampf nicht über die politischen Methoden, sondern zugleich über die entscheidenden Grundlagen der nationalen Weiterentwicklung ausgebrochen war, konnte es kaum mehr Verwunderung erregen, daß die erbüble Sondertümelei auch auf kulturelles Gebiet übergriff und sich nun das mühsam gekittete Sudetendeutschland wieder in seine alten Stammesgruppen aufspalten will. Vielleicht werden sich die bedingungslosen Anhänger des föderalistischen Prinzips sogar eine innere Stärkung des deutschen Kulturbewußtseins in Böhmen versprechen, wenn sich die sudetendeutsche Bewegung in eine großschleifische, großsächsische, nordgaulische und großbayerische auflöst, aber die Gefahr der Kräfteverteilung und gegenseitigen Reibung ist so groß, daß ihr gegenüber der Gewinn vertiefter Stammesmäßiger Pflege des Deutschtums nicht ausreichend erscheint. Lag nicht gerade in dem Ausgleich der Stammesgegenstände, die in Deutschböhmen mit feiner aus bayerischen, fränkischen, sächsischen und schlesischen Elementen zusammengewachsenen Bevölkerung nicht geringer als in Reichsdeutschland waren, eine besondere Sendung, die für das mitteleuropäische Gesamtdeutschtum vorbildlich wirken konnte? Wirkt nicht die tschechische Gewaltherrschaft schon an sich in der Richtung des denkbar engsten Zusammenchlusses, ganz abgesehen davon, daß das harte Geschick der erzwungenen Abwanderung von der großdeutschen Gemeinschaft zu einer Notbrüderschaft auf Gebeih und Verderb führen mußte?

So sehr es die Pflicht der reichsdeutschen Öffentlichkeit

ist, die Vorgänge jenseits von Erzgebirge und Bohmerwald zu verfolgen, so wenig hat sie ein Recht dazu, in die weitere Entwicklung Sudetendeutschlands voreilig und voreingenommen einzugreifen. Wenn wir es also den deutschen Volksgenossen in Böhmen selber überlassen müssen, sich ein Haus zu errichten, in dem Seele und Körper es gleichermaßen wohn-

lich finden, so schlecht solche Zurückhaltung doch einen Warnruf zu gegebener Stunde nicht aus. Sollte der politischen Zerrissenheit die kulturelle Spaltung folgen, so wäre nicht abzusehen, wie das deutsche Volk Böhmens seinen nationalen Selbsthaltungskampf bis zum glücklichen Ende durchführen könnte.

Ehrung für Hindenburg

Grandiose Ausschmückung des Präsidentenpalais.

Die Hindenburg-Amnestie.

Die Meldungen zur Spalierbildung am Geburtstage des Reichspräsidenten sind so zahlreich eingegangen, daß die viele Kilometer lange Straße, die der Reichspräsident am Nachmittag seines Ehrentages passieren wird, vollständig von Abordnungen der verschiedensten Vereine und Verbände umfüllt wird. An dem Spalier werden nicht nur Berliner Bewohner teilnehmen, sondern auch Abordnungen aus dem Reich. Neben den politischen Parteien werden auch der Landbund, die Technische Rothilfe, der Allgemeine Deutsche Automobilklub, der Verein der Inhaber der Rettungsmedaille, der Bund heimatreuer Ostpreußen, ein Teil des Riffhäuserbundes, verschiedene landmannschaftliche Vereine in Trachten, und Stahlhelmabteilungen ebenfalls in Trachten teilnehmen. Die Polizei wird mit einem großen Aufgebot für einen ungehörten Verlauf der Spalierbildung Sorge tragen. Den Höhepunkt der Geburtstagsfeier am Sonntag wird die Kundgebung von 40 000 Berliner Schulkindern im Stadion bilden.

Zum Geburtstage des Reichspräsidenten wird das Präsidentenpalais in ein Blütenmeer verwandelt werden. Für die Ausschmückung mit Blumen, die eine besondere Gabe des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbaues an den Reichspräsidenten darstellen soll, sind von den Veranstaltern umfassende Vorbereitungen getroffen. Es ist beabsichtigt, sämtliche Räume des Präsidentenpalais mit Blühtgewächsen und blühenden Pflanzen in verschiedenartigster Weise auszustatten. In den großen Repräsentationsräumen werden zum Teil drei Meter

hohe Palmen aufgestellt werden, die bis zur halben Höhe von Chrysanthemem umstellt sind, auch in den anderen Zimmern ist beabsichtigt, größere Gruppen von blühenden Pflanzen und Blühtgewächsen in den Ecken aufzustellen, während die Tische und Möbel mit Schnittblumen (zum Teil mit kostbaren Orchideen) in großen Schalen usw. dekoriert werden. Insbesondere wird eine Riesenschale mit Magnolien, der Lieblingsblume des Reichspräsidenten, in seinen Zimmern aufgestellt werden. Für die Vorbereitungen steht nur eine Nacht zur Verfügung, so daß sich am Sonnabend abend um 8 Uhr ein Heer von Dekorateurs und Arbeitern an die Arbeit begeben wird, die bis morgens 6 Uhr fertiggestellt sein muß.

Die Liste der Beurteilten, die am Geburtstage des Reichspräsidenten begnadigt werden sollen, ist im Reichsjustizministerium jetzt fertiggestellt worden und wird Hindenburg umgehend übergeben werden. Es handelt sich bei dieser Geburtstagsamnestie nicht um eine Generalamnestie, sondern um eine Fülle von Einzelbegnadigungen. Insgesamt werden etwa 200 Beurteilte begnadigt werden, und zwar in der Hauptsache solche Personen, die wegen politischer Vergehen ins Gefängnis oder ins Zuchthaus geschickt worden sind. Wie es heißt, wird auch eine größere Anzahl von Kommunisten, die im Jahre 1923 zu längeren Freiheitsstrafen wegen Beteiligung an den Unruhen in Mitteldeutschland verurteilt worden sind, der Begnadigung teilhaftig werden. Die Namen der Begnadigten sollen am 2. Oktober bekanntgegeben werden.

Ein Hindenburg-Park in Eisleben.

Aus Anlaß der Hindenburg-Feier hat der Magistrat in Eisleben beschlossen, den Brunnenpark in Eisleben in Hindenburg-Park umzutaufern und gleichzeitig die Verbindungsbrücke an der Karlsstraße zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert-Brücke zu nennen.

Faustdicke Lügen über die Tannenbergrede Hindenburgs.

Es wird weiter gehezt.

Berlin, 29. September. Im Zusammenhang mit der Genfer Tagung haben die New York Times und die Chicago Tribune recht eigenartige Meldungen veröffentlicht, die sich als ein nachträgliches Gegenmanöver gegen die Tannenbergrede des Reichspräsidenten darstellen. Diese Blätter wissen davon zu berichten, daß die Rede Hindenburgs in mehreren Fassungen vom Reichspräsidenten, von seiner militärischen Umgebung und vom Auswärtigen Amt, wie auch vom Außenminister persönlich ausgearbeitet worden sei, daß aber der vom Minister gebilligte Text schließlich nicht die Grundlage der vom Reichspräsidenten gehaltenen Rede gebildet habe. Es habe vielmehr ein peinliches Durcheinander geherrscht, aus dem sich verschiedene Mißlichkeiten erklären sollen, die sich im Anschluß an diese Rede ergaben. Ferner wird von diesen Blättern gemeldet, daß die Außenminister der Alliierten in Genf selbst beschloßen hätten, auf Grund der Tannenbergrede die weiteren Verhandlungen in der Abrüstungsfrage zu unterbrechen.

Diese Meldungen der beiden amerikanischen Blätter sind, wie von zuständiger Seite in Berlin nach Erkundigungen an der maßgebenden Stelle nachdrücklich versichert wird, völlig frei erfunden und es ist weder von einer derartigen Vielheit von Manuskripten der Tannenbergrede noch von einem derartigen Beschluß der alliierten Minister die Rede, wie sich insbesondere aus der letzten Besprechung des deutschen und des französischen Außenministers zweifelsfrei ergeben hat. Man hat es hier vielmehr offenbar mit einem Pressemanöver zu tun, durch das Wirkungen erzielt werden sollen, über deren Zweck wohl nirgends ein Zweifel bestehen kann.

Auch die Reichsregierung dementiert.

Berlin, 29. September. Zu der innenpolitischen Diskussion über die Entstehung der Rede des Reichspräsidenten in Tannenberg wird von zuständiger Stelle auf das bestimmteste versichert, daß außenstehende Kreise in keiner Weise Einfluß auf die Initiative des Reichspräsidenten gehabt haben.

Deutsch-französische Beziehungen.

Meinungen Dr. Stresemanns.

Vor seiner Abreise aus Genf hat der deutsche Außenminister Dr. Stresemann eine Unterredung mit dem Vertreter des Pariser Blattes „Petit Parisien“ gehabt und diesem seine Ansichten über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich mitgeteilt. Nach dem veröffentlichten Bericht sagte Dr. Stresemann u. a.:

„Die deutsch-französischen Beziehungen innerhalb des Völkerbundes müssen aufrichtig und unbedingt loyal sein. Sie können nur von dem ehrlichen Wunsch behererrscht werden, zu einer immer engeren Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu kommen. Es ist kein Zufall, daß unser Weg nach Genf über Locarno führte. Durch unsere Teilnahme in Locarno haben wir unseren

Grundgedanken, zu einer Politik nicht des Kampfes, sondern der Zusammenarbeit. Wir haben geglaubt, daß die deutsch-französische Annäherung unserem Eintritt in den Völkerbund vorausgehen müsse. Ich brauche hier nicht besonders zu erwähnen, daß diese Zusammenarbeit, vom Friedensstandpunkt aus betrachtet, nicht ihr volles Ergebnis zeitigen kann, bis gewisse Fragen ihre Lösung gefunden haben werden, von denen die gute und

dauerhafte Verständigung

zwischen unseren Ländern abhängt. Wir haben im Verlaufe der Arbeiten dieser letzten Versammlung alles getan, was wir konnten, um dem Frieden zwischen den beiden großen Nationen zu dienen. Wir haben uns von dem Gedanken leiten lassen, daß die Zukunft Europas nur sichergestellt werden kann, wenn die Nationen nicht ausschließlich an ihre eigenen Interessen denken, sondern wenn sie den Mut besitzen, die gemeinsamen Interessen nicht zu vergessen. Das gemeinsame Interesse aber fordert in gebieterischer Weise die Festigung des Völkerbundes. Wenn ich an das Mißbehagen denke, das zu Beginn dieser letzten Tagung herrschte, an alle Strifengerichte, so freue ich mich heute, sagen zu können, daß

Wissen zu einer neuen Politik